



Interpellation Nr. 69 Gianna Hablützel-Bürki betreffend «Welle der Gewalt überrollt Basel; mündliche Beantwortung»

Die Interpellation hat der Regierungsrat heute wie folgt beantwortet:

- 1. Teilt der Regierungsrat die Auffassung der Interpellantin, dass eine Welle der Gewalt Basel überrollt hat? Falls nein, weshalb nicht?**
- 2. Wie passt es zusammen, dass der Regierungsrat einerseits behauptet, dass Basel-Stadt sehr sicher sei und andererseits aber alleine in der letzten Juli-Woche neben Raubüberfällen es auch zu einem Mordfall gekommen ist?**
- 3. Wie bewertet der Regierungsrat die jüngsten Gewalttaten?**
- 4. Wie erklärt der Regierungsrat sich die zahlreichen Tötlichkeiten und Angriffe auf Unschuldige der vergangenen Wochen?**
- 5. Hält der Regierungsrat weiterhin an seiner Behauptung fest, dass Basel sicher sei? Falls ja, auf Basis welcher Resultate stützt er diese Behauptung?**

Der Regierungsrat weiss nicht, wo und wann seine Mitglieder, namentlich auch der Sprechende, Basel pauschal und undifferenziert als «sehr sicher» bezeichnet haben soll. Eine derartige Aussage wäre genauso unseriös, wie wenn die Interpellantin Basel pauschal und undifferenziert als «sehr unsicher» bezeichnen würde. Wohl kann und wird sowohl die Kriminalitätsentwicklung als auch das subjektive Sicherheitsgefühl der Bevölkerung regelmässig gemessen – aber nicht um politisch zu beweisen, dass Basel sicher oder unsicher sei, sondern um die jeweils notwendigen Massnahmen ableiten zu können.

Sicherheit ist kein Monolith – die Bedrohungen und Gefahren für die öffentliche und die individuelle Sicherheit sind vielschichtig und ändern sich zuweilen rasch. Grundlage der erfolgreichen Kriminalitätsbekämpfung ist die enge Zusammenarbeit verschiedener Partner. Dies gilt für die Repression genauso wie für die Prävention.

Wie die Staatsanwaltschaft Ende August kommuniziert hat, hat im ersten Halbjahr 2018 die Kriminalität in Basel-Stadt um insgesamt rund 10% abgenommen. Eine Zunahme ist allerdings im Bereich der vorsätzlichen Körperverletzung zu verzeichnen, während wiederum die Einbruchdiebstähle deutlich und die Sexualdelikte leicht zurückgegangen sind.

Unabhängig davon engagieren sich die Behörden auf verschiedenen Ebenen stark für die Sicherheit im Kanton. Darunter befinden sich auch verschiedene neuere Massnahmen:

- Mit Regierungsratsbeschluss vom 29. August 2017 wurden die Schwerpunkte der Kriminalitätsbekämpfung für die Jahre 2017 bis 2019 festgelegt. Damit machte der Regierungsrat erstmals von der Möglichkeit Gebrauch, die ihm der Grosse Rat mit der Teilrevision des kantonalen Gesetzes über die Einführung der Schweizerischen Strafprozessordnung per Mitte 2016 gegeben hat. Verstärkt bekämpft werden neben dem Einbruchdiebstahl und Menschenhandel eben gerade auch Gewaltstraftaten.
- Auf Ebene des Polizeikonkordats Nordwestschweiz, dessen Präsidium der Sprechende derzeit innehat, engagiert sich Basel-Stadt gemeinsam mit den regionalen Partnern für die Erarbeitung einer rechtlichen Grundlage für den Austausch von Daten im Bereich der Seriendeli-

quenz. Damit soll es künftig einfacher und rascher möglich sein, Mehrfachtäter zu identifizieren und zu verfolgen.

- Auf nationaler Ebene wiederum setzt sich der Regierungsrat, zwecks Sicherung des Schengen/Dublin-Abkommens als zentraler Eckstein im Kampf gegen die grenzüberschreitende Kriminalität, für eine pragmatische Übernahme der EU-Waffenrichtlinie durch die Schweiz ein.
- Ferner hat der Regierungsrat unter dem Lead des Präsidialdepartements eine interdepartementale Arbeitsgruppe eingesetzt, die in einer grösseren Studie die bisherigen Erfolgsfaktoren für die Sicherheit in öffentlichen Räumen ganzheitlich analysiert hat. Diese Studie wird nächste Woche im Rahmen eines Anlasses des Schweizerischen Städteverbands vorgestellt.

Schliesslich hat die Aufstockung des Polizeikorps um 45 Stellen, vor allem für das neue Einsatzelement «Brennpunkte», erfolgreich abgeschlossen werden können. Die uniformierten und auch zu Fuss patrouillierenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Einsatzelements bewirtschaften die genannten Hotspots. Gegenüber 2009 ist die Kantonspolizei übrigens um 130 Vollzeitstellen effektiv gewachsen, darunter 50 weniger Vakanzen.

6. Können die Gewaltdelikte des Jahres 2018 geografisch eingeordnet werden?

7. Gibt es seitens Regierungsrats Sicherheitsempfehlungen an die Bevölkerung, bspw. auch gewisse Orte (in den Nachtstunden) zu meiden?

Nein, diese Empfehlung gibt es seitens der kantonalen Strafverfolgungsbehörden nicht.

Es bleibt aber eine Tatsache, dass sich die Basler Innenstadt nachts und an den Wochenenden besonders auf der Achse Centralbahnplatz/Heuwaage/Barfüsserplatz/Claraplatz und im Sommer am Rheinufer zu einem beliebten Treffpunkt für Jugendliche und junge Erwachsene aus der ganzen Nordwestschweiz und dem grenznahen Ausland entwickelt hat. Namentlich dort kommt es vermehrt auch zu Gewaltvorfällen. Die «Brennpunktpolizei» unterstützt und verstärkt die ordentlichen Polizeikräfte an diesen Hotspots. Die Zusammenarbeit zwischen dem Einsatzelement Brennpunkte, der Sicherheitspolizei und der in zivil auftretenden Jugend- und Präventionspolizei ist ausgeprägt. Auch ausserhalb der Innenstadt werden Örtlichkeiten, wie der Matthäuskirchplatz und das Hafenaerial, an denen in der Vergangenheit vermehrt Einsätze nötig waren, von der Kantonspolizei intensiv patrouilliert.

8. Der Regierungsrat wird gebeten, sämtliche Gewaltdelikte 2018 einzeln aufzuführen und jeweils mitzuteilen, ob es sich bei den gefassten Tätern (dort wo ein Täter/eine Täterin ermittelt werden konnte) um Personen mit einem Schweizer Pass, Personen mit einer Aufenthaltsbewilligung (bitte einzeln nach Kategorien B bis S und unter Angabe der Herkunftsnationalität) oder um Personen aus dem Ausland (bitte unter Angabe der Herkunftsnationalität) handelte.

Im Bestreben, die Kriminalitätsentwicklung in der Schweiz einigermaßen vergleichen zu können, hat die Konferenz der Kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren (KKJPD) vor einigen Jahren beschlossen und umgesetzt, über das Bundesamt für Statistik (BFS) jährlich eine konsolidierte polizeiliche Kriminalitätsstatistik für die gesamte Schweiz zu erstellen. Der hohe Detaillierungsgrad der erfassten Informationen erlaubt es, Straftaten, Geschädigte und Beschuldigte (inklusive Angaben zu Alter, Geschlecht und Staatszugehörigkeit) auszuweisen und jeweils im März zu veröffentlichen. Je nach Straftat stehen zudem Details wie Tatmittel oder Tatort zur Verfügung.

Unterjährig sollen nach dem Willen der KKJPD aber bewusst nur Tendenzen kommuniziert werden. An diese Empfehlung hält sich auch die Staatsanwaltschaft Basel-Stadt, der es obliegt, die Details der hiesigen Kriminalitätsentwicklung zu kommunizieren.